

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

99. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. Oktober 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Holger Astrup

Weitere Abgeordnete

Konrad Nabel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht: NationalparkService gGmbH	5
2. Gutachten zur Umorganisation der Landesforstverwaltung Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/2319	8
3. Sachstandsbericht: Schloß Glücksburg - nichtöffentlicher Teil -	9
4. Vernetzung der Fraktionen mit der Landtagsverwaltung	10
5. Juristische Beratung in den Verwaltungen der deutschen Parlamente - externer und interner Sachverstand	12
6. Multimediale Präsentation des Landtages - Nummer 5 der Erläuterun- gen zu 0101-531 02	13
7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung	14
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1574	
8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	15
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1643	
9. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998	16
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1717 Umdruck 14/2513	
10. Entwurf eines Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und ande- rer Zinssätze (Landesdiskontsatzüberleitungsgesetz - LDÜG)	17
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1685	
11. Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater (StBerVG)	18
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1686	

12. Information/Kenntnisnahme	19
13. Verschiedenes	20

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht: NationalparkService gGmbH

St Berg berichtet über die geplante Gründung der NationalparkService gGmbH (Umdruck 14/2541).

Der gegenwärtige Stand der Überlegungen hinsichtlich der möglichen Mitgesellschafter - so fügt sie ergänzend hinzu - sei folgender. Mitgesellschafter würden voraussichtlich der NaBu und die Schutzstation Wattenmeer, gegebenenfalls der Verein Yordsand sowie der Naturschutzverein Nordfriesland. Die beiden Kuratorien hätten sich positiv zur Gründung einer derartigen Gesellschaft geäußert. Die beiden Landräte stünden dem Vorhaben positiv gegenüber und wollten ihren jeweiligen Kreisgremien ein entsprechendes Votum vorlegen. Die Behandlung im Kreistag des Kreises Dithmarschen sei für Dezember vorgesehen, im Kreis Nordfriesland für November. Die Beschlußlage bei den beiden Tourismusverbänden - Nordseebäderverband und Tourismusverband Schleswig-Holstein - sei so, daß sich nicht beide an derartigen Aktivitäten engagieren wollten. Der Tourismusverband habe beschlossen, dieses Engagement dem Nordseebäderverband zu überlassen. Dieser sei von der Landesregierung angeschrieben worden mit der Bitte, sich abschließend zu äußern, ob er Mitgesellschafter werden wolle. - Im folgenden legt St Berg die in den geführten Gesprächen herausgearbeiteten Eckpunkte der zu schließenden Vereinbarung dar, die aus Umdruck 14/2541 ersichtlich sind.

St Berg kommt dann auf eine Frage des Abg. Neugebauer aus der 88. Sitzung des Finanzausschusses hinsichtlich einer Stellenanzeige für einen Geschäftsführer der GmbH zurück und legt dar, die künftigen Mitgesellschafter hätten das Land gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Gründung der Gesellschaft eine Person da sei, die den notwendigen Sachverstand mitbringe, und vorbereitend tätig zu sein. Eine Bestellung eines Geschäftsführers sei Aufgabe der Gesellschafter.

Sie beendet Ihren Bericht mit einem Hinweis auf den zeitlichen Horizont und führt aus, im Moment gehe die Landesregierung davon aus, daß die Gründung der Gesellschaft im Januar vorgenommen werden könne.

Auf Fragen des Abg. Neugebauer und von P Dr. Korthals hinsichtlich der Finanzierung des NationalparkServices (Umdruck 14/2571) weist St Berg auf die Bedeutung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer hin und vertritt die Ansicht, daß die in der Finanzierungsübersicht auf das Land zukommenden Kosten in jedem Fall anfielen, es sei denn, man entscheide sich grundsätzlich gegen eine Betreuung. Sollten Verluste auftreten, hafteten alle Gesellschafter mit ihrem jeweiligen Anteil am Gesellschaftskapital. Sie spricht sich nachdrücklich dagegen aus, grundsätzlich eine Finanzierung des Landes für eventuelle Verluste in Aussicht zu stellen.

Abg. Nabel legt dar, ein Szenario der Finanzierung des NationalparkServices in der bisherigen Form - ohne Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft - würde deutlich machen, daß es sich bei Verwirklichung der dahinterstehenden politischen Absicht der Betreuung des Nationalparks bei etwa 80 % der in Umdruck 14/2571 aufgeführten Kosten um solche handele, die unabhängig von der gewählten Organisationsform anfielen.

Abg. Stritzl erinnert an die Entsperrung von Mitteln in Höhe von 400.000 DM durch den Finanzausschuß im April, macht auf die Verausgabung von Mitteln in Höhe von etwa 140.000 DM bis zum jetzigen Zeitpunkt aufmerksam und gibt vor diesem Hintergrund seiner Forderung Ausdruck, eine sorgfältigere Kostenvorausschau vorzunehmen. - Dem hält St Berg entgegen, die Vorstellung der Landesregierung sei gewesen, daß die Gesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt bereits bestehe. Außerdem verweist sie auf die Einwerbung von EU-Fördermitteln für ein Besucherlenkungssystem.

Auf einen Hinweis der Abg. Aschmoneit-Lücke merkt St Berg an, daß in § 4, Stammkapital, der zweite - in Klammern stehende - Satz zu streichen ist.

Auf die Frage der Abg. Aschmoneit-Lücke, wie weit das Merchandising-Konzept gediehen sei, legt Amtsleiter Dr. Scherer dar, Angebote seien eingeholt, Vergleiche verschiedener Firmen und deren Angebote gemacht; man sei sozusagen auftragsvergabefertig.

Abg. Stritzl äußert grundsätzliche Kritik an dem vorliegenden Entwurf des Gesellschaftervertrags und hält ihn erkennbar für mangelhaft. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Solidität des Unternehmens nicht in voller Hinsicht dargestellt sei.

Im folgenden entwickelt sich eine längere Diskussion über die Zahl der Geschäftsführer. Die Ausschußmitglieder plädieren dafür, die Zahl auf höchstens zwei zu begrenzen. Des weiteren sprechen sie sich dafür aus, bei möglichen zwei Geschäftsführern ein Letztentscheidungsrecht festzulegen. Die Vertreter der CDU-Fraktion sprechen sich eindeutig dafür aus, nur einen Ge-

schäftsführer zu beschäftigen. St Berg dagegen hält es für angebracht, zwei Geschäftsführer einzusetzen, und zwar einen, der über naturschutzfachlichen Sachverstand, und einen, der über kaufmännischen Sachverstand verfügt. St Dr. Lohmann unterstützt die Auffassung von St Berg und verweist in diesem Zusammenhang auf das Gutachten von Artur Andersen.

Abg. Heinold appelliert an die Mitglieder der Fraktionen, auf die jeweils ihrer Partei angehörenden Fraktionen der Kreistage der beteiligten Kreise einzuwirken, sich gegebenenfalls auch finanziell an der Gesellschaft zu beteiligen. Weiter spricht sie sich dafür aus, die GmbH über eigene Einnahmen zu stützen, und bittet um erneute Information des Ausschusses zu gegebener Zeit. - Abg. Peters schließt sich diesem Appell an. Sie betont, daß das für alle beteiligten Fraktionen gelte. Im übrigen hält sie eine Beteiligung der Tourismuswirtschaft für außerordentlich wichtig. - Dem stimmt Abg. Spoorendonk zu.

P Dr. Korthals kommt erneut auf die Finanzierung der NationalparkService gGmbH zu sprechen und fragt nach der Qualität der Beteiligung der zusätzlichen Gesellschafter bei einer möglichen Ausweitung der Funktionen, der Tätigkeit der Gesellschaft. - St Berg führt aus, die Aufgaben würden der Gesellschaft übertragen werden. Das werde auch gesetzlich nachvollzogen werden. Dann seien es keine Aufgaben des Landes mehr. Insofern sei den künftigen Gesellschaftern klar, daß Kosten, wenn sie über das hinaus entstünden, was bisher vorgesehen sei, gemeinsam zu tragen oder aus anderen Quellen zu finanzieren seien.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung um einen erneuten Sachstandsbericht in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 14. Januar 1999.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gutachten zur Umorganisation der Landesforstverwaltung

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 14/2319

Forstdirektor Böhling gibt einen Überblick über das Gutachten zur Umorganisation der Landesforstverwaltung, Umdruck 14/2319.

Abg. Heinold plädiert dafür, bei einer Umorganisation des Wildparks Trappenkamp die Gemeindevertretung in die Planungen einzubeziehen.

Abg. Stritzl legt dar, ohne Rücksprache mit den Fachkollegen seiner Fraktion sei eine Stellungnahme seinerseits zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Auch P Dr. Korthals legt dar, zu gegebener Zeit eine Stellungnahme abzugeben.

Auf eine Frage der Abg. Heinold bezüglich der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen oder tatsächlichen Besetzung verweist St Dr. Lohmann auf die bisherige Praxis, die eine flexible Besetzung von Stellen ermöglicht.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht: Schloß Glücksburg

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 LV in Verbindung mit § 17 Abs. 1 Satz 2 GO nichtöffentlich durchgeführt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vernetzung der Fraktionen mit der Landtagsverwaltung

Umdruck 14/2556

DirLT Dr. Schöning gibt einen Überblick über das im Bereich der Landtagsverwaltung eingesetzte Netz und dessen Anschluß an das vom Innenministerium betriebene Campusnetz, über die insbesondere in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer mit der Landtagsverwaltung geführten Gespräche sowie die daraus resultierende Aufforderung an die Landtagsverwaltung, konkrete Überlegungen für eine Ablösung vom Campusnetz anzustellen und eigene Vorschläge zu entwickeln. Diese lägen nunmehr vor und würden den Wünschen und Vorstellungen der Abgeordneten in vollem Umfang gerecht. Die Realisierung dieses Konzepts auch im Hinblick auf die zeitliche Realisierung, die ehrgeizig sei, hänge von einigen Bedingungen ab, über die der Finanzausschuß zu beraten und entscheiden habe.

Im folgenden gibt MDgt Simonsmeier-Schriewer einen detaillierten Überblick über den Ist-Stand, das Konzept eines Ausbaus eines Parlamentsnetzes und hier insbesondere die Anforderungen und Ziele, das Parlamentsnetz mit Anbindung an das CNL, die Realisierung, die personellen und finanziellen Auswirkungen sowie die mögliche zeitliche Realisierung, und geht auf die durch das Parlamentsnetz möglichen Dienste und Angebote ein (Umdruck 14/2556).

Zu dem Bereich personelle Ausstattung fügt sie ergänzend zu den vorliegenden schriftlichen Unterlagen aus, daß eine der aus ihrer Sicht erforderlichen drei Stellen praktisch gegenfinanziert würde, und zwar durch Einsparungen von Zahlungen zur Wahrnehmung von zentralen Aufgaben an das DZ-Büro sowie Internetanschlußkosten über die DZ.

Abg. Stritzl hält das vorgetragene Konzept unter dem Vorbehalt einer Diskussion innerhalb seiner Fraktion und unter der Voraussetzung einer Abschottung unter den Fraktionen mit einer vernünftigen Ausstattung für durchaus tragfähig. Auf eine entsprechende Nachfrage hinsichtlich eines Entscheidungshorizontes legt DirLT Dr. Schöning dar, er halte eine Entscheidung im Rahmen der Beratungen der Nachschiebeliste für die Umsetzung des vorgelegten Konzeptes für notwendig. Abg. Nabel äußert sich positiv zu dem vorgetragenen Konzept und kündigt an, es im Rahmen der Beratungen seiner Fraktion zu unterstützen. Auch er behält sich eine Entscheidung über die damit verbundenen Kosten einer Beratung in seiner Fraktion vor.

DirLT Dr. Schöning bestätigt auf eine Frage des Abg. Nabel, daß auch die Landespressekonferenz Bestandteil des Konzeptes ist.

Auf Nachfragen des Abg. Nabel erklärt MDgt Simonsmeier-Schriewer ihre Bereitschaft, sowohl dem Finanzausschuß als auch den Fraktionen detailliert über die hinter den Personalanforderungen stehenden Überlegungen und Berechnungen zu berichten.

In diesem Zusammenhang sagt sie zu, den Fraktionen eine Übersicht über übliche Aufgaben einer IT-Leitstelle sowie die in dem Konzept vorgesehenen Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IT-Leitstelle - unter Berücksichtigung der für die Fraktionen zu erbringenden Leistungen - zuzuleiten.

Eine kurze Diskussion entwickelt sich über die von der Landtagsverwaltung vorgeschlagene Einrichtung einer IuK-Kommission, die nach dem Vorschlag aus entscheidungsbefugten Vertretern der Fraktion und der Landtagsverwaltung bestehen sollte. Abg. Heinold spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, daß diese Kommission damit beauftragt werden sollte, dem Finanzausschuß ein konsensuales Votum der Fraktionen vorzulegen.

Auf die Frage der Abg. Heinold nach möglichen Einsparpotentialen verweist MDgt Simonsmeier-Schriewer beispielsweise auf die möglichen Zugriffe auf zentrale Dokumentationseinrichtungen und gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß das Verwaltungsgeschäft an sich verbessert werden werde. DirLT Dr. Schöning hebt hervor, daß sich die Landtagsverwaltung von ihrem Selbstverständnis her als Service-Einrichtung für die Fraktionen verstehe. Demnach richte sich der Umfang der Personalausstattung an dem Anforderungsprofil, das von den Fraktionen stamme, aus. Hier gehe es um die Installation neuer wichtiger Aufgaben, die unerlässlich seien. Dies könne kein Nullsummenspiel sein.

Im weiteren beschäftigt sich der Ausschuß kurz mit einer von Abg. Steincke vorgeschlagenen Interimslösung für die Fraktionen, gegen die sich Abg. Nabel ausspricht.

Abg. Neugebauer bittet um einen Entwurf für eine haushaltsmäßige Veranschlagung des vorgestellten Konzeptes.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Juristische Beratung in den Verwaltungen der deutschen Parlamente - externer und interner Sachverstand

hierzu: Umdruck 14/2489

Der Ausschuß stellt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen bis zum 5. November 1998 zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Multimediale Präsentation des Landtages - Nummer 5 der Erläuterungen
zu 0101-531 02**

hierzu: Umdruck 14/2489

SprLT Dr. Köhler stellt die aus Umdruck 14/2489 ersichtliche Übersicht über die Multimediale Präsentation des Landtages vor.

Eine Nachfrage des Abg. Nabel hinsichtlich der voraussichtlichen Auslastung des anzuschaffenden Projektors beantwortet SprLT Dr. Köhler, daß dieser sicherlich 15 bis 20 Stunden in der Woche durchschnittlich eingesetzt werden werde. Er sehe im übrigen - wie auch bei dem jetzigen Projektor und der Leinwand - kein Problem darin, dieses Gerät auch anderen im Haus Tätigen zur Verfügung zu stellen.

Die bisherige CD-ROM über den Landtag habe - so legt SprLT Dr. Köhler auf eine Frage des Abg. Neugebauer dar - eine Auflage von etwa 2.000 gehabt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1574

(überwiesen am 2. September 1998 an den **Finanzausschuß** und den Innen- und Rechtsausschuß)

- Verfahrensfragen -

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2528

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und setzt als Beratungstermin Donnerstag, den 19. November 1998, fest.

Abg. Kähler bittet, den an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschuß von dieser Planung zu unterrichten, damit er eventuelle Änderungsvorschläge zeitnah erarbeiten kann.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

(überwiesen am 2. September 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuß** und
den **Finanzausschuß**)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, sich an der Anhörung des federführenden Innen- und Rechtsausschusses am 23. November 1998 zu beteiligen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1717
Umdruck 14/2513

hierzu: Schreiben des Landtagspräsidenten
Umdruck 14/2480

M Möller trägt die Schwerpunkte des Nachtragshaushalts in großen Zügen vor; eine kurze Diskussion schließt sich an.

Epl 01

Abg. Neugebauer spricht das Thema „Sanierung des Landeshauses“ an. Unter Bezugnahme auf die Vorlage des Landtagsdirektors, Umdruck 14/2577, erinnert er an die Verabredung, die Grundsanierung des Landeshauses „in einem Schritt“ vorzunehmen. Er fragt, ob beabsichtigt sei, dem Finanzausschuß als Nachschiebeliste eine tragfähige Vorlage zu unterbreiten, um die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und die Ausbringung der notwendigen Verpflichtungsermächtigungen zu gewährleisten.

ORR Wentz berichtet, daß das Finanzministerium eine Projektentwicklungsgruppe eingerichtet habe und daß die erbetene Vorlage seines Wissens rechtzeitig zur Beratung der Nachschiebeliste vorgelegt werden könne. Über die Bereitstellung der Mittel in den einzelnen Haushaltsjahren müsse dann der Finanzausschuß entscheiden.

Der Vorsitzende schlägt ein Gespräch zwischen den finanzpolitischen Sprechern, der Landtagsverwaltung und der Landesbauverwaltung am Rande der morgigen Sitzung des Finanzausschusses vor. - Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden Fragen zu den **Einzelplänen 03 und 04** gestellt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesdiskontsatzüberleitungsgesetz - LDÜG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1685

(überwiesen am 8. Oktober 1998)

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuß einstimmig, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater (StBerVG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1686

(überwiesen am 8. Oktober 1998)

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuß einstimmig, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

- Umdruck 14/2434 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 06
- Umdruck 14/2343**
- Umdruck 14/2443 - Vergütungen für auf die I-Bank übertragene Aufgaben**
- Umdruck 14/2444 - Modellprojekt „Globalisierung“ in der Forstverwaltung**
- Umdruck 14/2449 - Stromsparmaßnahmen in öffentlichen Liegenschaften**
- Umdruck 14/2453 - Fragen der CDU zu Epl 06 und Epl 10**
- Umdruck 14/2454 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 10**
- Umdruck 14/2457 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 08**
- Umdruck 14/2467 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 16**
- Umdruck 14/2468 - Budgetierung, Globalisierung und Flexibilisierung**
- Umdruck 14/2470 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 07**
- Umdruck 14/2471 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 06**
- Umdruck 14/2478 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 13**
- Umdruck 14/2483 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 16**
- Umdruck 14/2484 - Schreiben von DirLT zu Epl 01**
- Umdruck 14/2500 - Zuweisung kommunaler Schulbaufonds**
- Umdruck 14/2506 - Kommunaler Finanzausgleich**
- Umdruck 14/2509 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 07**
- Umdruck 14/2526 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 04**
- Umdruck 14/2533 - Erledigung von Berichtswünschen der CDU zu Epl 05**

Umdruck 14/2458 - Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, diese Vorlage bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein wieder aufzurufen.

Umdruck 14/2479 - Erledigung von Berichtswünschen zu Epl 06 (Umdruck 14/2417)

Abg. Heinold bittet, die Antwort auf die Frage, wieviel Personal das Ministerium durch die Verlagerung von Aufgaben auf die Investitionsbank, die TTZ und so weiter eingespart habe, dahin zu ergänzen, ob das Wegfallen der Stellen Folge eines kw-Vermerks sei oder eine reine Sparmaßnahme darstelle.

Abg. Neugebauer fragt, welche Stellen im Einzelfall konkret eingespart worden seien. Abg. Heinold bittet, diese Frage um Angaben darüber zu ergänzen, ob konkret Stellen oder allgemein Personal eingespart worden sei.

Der Vorsitzende legt Wert darauf, daß die Fragen innerhalb der vereinbarten Frist von 14 Tagen zu beantworten.

Umdruck 14/2485 - ANUGA 1999

Abg. Neugebauer plädiert dafür, daß nicht der gesamte Finanzausschuß, sondern eine Delegation des Finanzausschusses, in der allerdings jede Fraktion vertreten sei, die ANUGA 1999 besuche.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Entscheidung letztlich den Fraktionen zu überlassen, und stellt anheim, dieses Thema zu gegebener Zeit wieder im Finanzausschuß anzusprechen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführer